

Freie

Ortsverband
Eschborn

FDP

Demokraten



Christian Lindner
Spitzenkandidat der FDP

Liberaler Akzente für Deutschland 2017 - 2021

In der Politik muss sich etwas ändern

**Liebe Mitbürgerinnen
und Mitbürger
in Eschborn und
Niederh Höchststadt,**

am 24. September 2017 finden die Wahlen zum 19. Deutschen Bundestag statt und viele von Ihnen haben die Möglichkeit Ihre Erst- und Zweitstimme abzugeben, um die Geschicke unseres Landes für die nächsten 4 Jahre in die richtigen Hände zu legen.

Hinter uns liegen vier turbulente Jahre und unser Land steht vor immensen Herausforderungen. Für die FDP waren die letzten vier Jahre lehrreich und geprägt von einer Neuausrichtung unserer politischen Arbeit - inhaltlich und personell. Wir haben unsere Lektionen gelernt und die Botschaft der letzten Bundestagswahl verstanden.

Wir leben in einem reichen und wohlhabenden Land. Vielen Menschen geht es erfreulich gut und die Zukunftsaussichten sind sehr positiv. Gleichwohl sind an verschiedenen Stellen dringend politisches Handeln und echte Verbesserungen notwendig, die in den nächsten Jahren unbedingt erreicht oder zumindest angestoßen werden müssen.

Selbst politische Gegner gestehen, dass das Fehlen der FDP in der vergangenen Legislaturperiode negativ zu sehen und zu spüren war. Die FDP fehlte als wahrer Vertreter der Mitte und Liberalität und als der Garant für politische Vernunft und ideologiefreies Handeln.

In bestimmten Phasen der letzten vier Jahre, fehlte dem Deutschen Bundestag eine echte Opposition und die CDU triff-

tete mit ihrem Koalitionspartner in politische Himmelsrichtungen, die uns und unserem Land nicht gut tun.

Gleichzeitig machte sich durch diese Fehlentwicklungen am rechten Rand eine Bewegung auf den Weg, die versucht die



Unzufriedenen und Besorgten für sich zu vereinnahmen und zu Anhängern ihrer in Teilen obskuren politischen Ideen zu machen. Die Besorgten und Unzufriedenen sind ernst zu nehmen, aber gleichzeitig muss auch eine klare Linie gezogen werden, wo die Positionen entweder haltlos oder in einer Weise rückschrittlich sind, dass sie unser Land nicht wirklich besser sondern sehr viel schlechter machen würden.

Es gibt viel zu tun in den Bereichen Bildung, zukunftsfähige Altersversorgung und wehrhafter Rechtsstaat.

Wir brauchen eine gute Regelung im Bereich der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik und der Stillstand der letzten Jahre im Bereich der Steuer- und Abgabepolitik muss aufgehört werden. Die Bürgerinnen und

Bürger müssen entlastet werden.

Für die Herausforderungen, vor denen wir alle durch die Digitalisierung unserer Welt stehen, bedarf es eines guten und weitsichtigen politischen Handelns.

Last but not least muss unsere Energieversorgung auf kluge und bezahlbare Lösungen eingestellt werden, die nicht von Ideologie getrieben sind sondern auf Intelligenz und Augenmaß basieren.

Zu diesen genannten Themen finden Sie in der vorliegenden Zeitung unsere Ansichten und Lösungsideen, die die FDP in die politische Arbeit des neuen Bundestags

einbringen und auf diese Weise unser Land voran bringen will.

Ich bitte Sie, gehen Sie zur Wahl, wählen Sie nicht den Frust und den Protest am Rand, sondern geben Sie Ihre Stimme der Vernunft und der politischen Mitte.

Wählen Sie die FDP, die Freien Demokraten, die in der Geschichte unseres Landes, diesem schon so oft zu seiner Stärke und zu unser aller Wohlstand verholfen haben.

Es grüßt Sie herzlich

Christoph Ackermann
Vorsitzender der FDP Eschborn

Das ist meine Überzeugung. Deutschland ruht sich momentan auf seinem Wohlstand aus. Dabei brauchen wir aber Reformen, um auch in Zukunft unseren Lebensstandard halten zu können. Die aktuellen Diskussionen zeigen, derzeit fehlt eine starke Stimme für das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft im Deutschen Bundestag.

Ich halte die Kehrtwende von der Agenda 2010 für falsch. Wir brauchen mehr und nicht weniger Reformen, die die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland weiter verbessern. Wir brauchen zum Beispiel endlich ein stärkeres Engagement bei der Digitalisierung.

Wir sind Spitze beim Online-Shopping, aber unsere Lehrer schreiben noch mit Kreide und auf dem Amt werden die E-Mails ausgedruckt und abgeheftet. Das muss sich ändern, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Wir brauchen endlich die Behörden-App, die den Gang zum Amt überflüssig macht, eine Digitalisierungsoffensive in der Bildung und eine Glasfaser-Breitbandanbindung mit 100 Mbit/s - flächendeckend.

Die Große Koalition tritt auf der Stelle und die linke Opposition schreit nach noch mehr links. Liberale Argumente kommen im Diskurs unseres höchsten Verfas-

sungsorgans nicht mehr vor und jedes Gesetz kann derzeit, angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag, ohne die notwendige kritische Diskussion durchgesetzt werden.

belastet wird. Steuerpolitisch hat die Große Koalition versagt. Weder werden die Menschen, die unseren Wohlstand erarbeiten, steuerlich durch die Abschaffung des Solidaritätsbeitrags oder der kalten

Progression entlastet, noch gelingt es dem Finanzminister die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass Venture Capital nach Deutschland fließt.

„Frei sein“ bedeutet für mich in einem starken, liberalen Rechtsstaat zu leben, der uns Sicherheit bietet und Gesetze umsetzt. Dazu gehört eine gut ausgestattete Polizei und hier muss eine Hausaltspriorität liegen.

Während manche unserer politischen Konkurrenten ein Land sehen, das wehrlos äußeren Bedrohungen ausgeliefert ist und eine Gesellschaft voll ausgebeuteter Menschen beklagen, sagen wir: „Wir sind ein Land voller Kraft und Gestaltungswillen. Ein Land, voller Ideen und fähiger Menschen.“

Nach 1.463 Tagen treten wir an, um mit einem hervorragendem Ergebnis wieder in den Deutschen Bundestag einzuziehen, wo wir in den letzten Jahren so deutlich gefehlt haben!

Mit freundlichen Grüßen

Bettina Stark-Watzinger
Direktkandidatin der FDP im Wahlkreis 181 Main-Taunus

Wir sind bereit Verantwortung zu übernehmen.

Unser Mondfahrprojekt: Weltbeste Bildung.

Weltbeste Bildung für jeden ist unser „Mondfahrprojekt“. So wie John F. Kennedy sein Land mit einer gewaltigen Kraftanstrengung auf den Mond führte, wollen wir Deutschland an die Spitze der Bildungsnationen dieser Welt zurückführen. Dafür wollen wir einheitliche Bildungsstandards schaffen und es dem Bund ermöglichen, dass er sich stärker an der Finanzierung von Bildungsaufgaben beteiligt. Denn Bildung ist der Schlüssel zum Aufstieg und daher unser Rezept für soziale Gerechtigkeit.

Bildungshürde Föderalismus überwinden

Deutschland war einmal die weltweit führende Bildungsnation. Damit wir das wieder werden, müssen wir das Bildungssystem umfassend modernisieren. Heute sind nicht Bremen und Bayern im Wettbewerb, sondern Deutschland und Nordamerika. Deshalb setzen wir uns für einheitliche Bildungsstandards, zentrale Abschlussprüfungen und eine länderübergreifende Hochschulfinanzierung ein. Um Deutschland wieder bei der Bildung nach vorne zu katapultieren, braucht es einen gesamtstaatlichen Kraftakt. Kommunen und Länder allein wären damit überfordert. Deshalb wollen wir den Bildungsföderalismus grundlegend reformieren. Wir wollen einen Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern, der mit einem Sofortprogramm die Investitionen in Technik und Modernisierung vorantreibt.

Digitalisierung in die Klassenzimmer

Die Technik an unseren Schulen ist veraltet. Während auf den Pausenhöfen die Smartphones regieren, herrscht in den Klassenzimmern noch die Kreidezeit. Unsere Kinder werden später in Berufen arbeiten, die wir uns heute noch gar nicht vorstellen können. Darauf müssen wir sie vorbereiten. Das geht aber nur, wenn Schulen und Lehrer darauf vorbereitet sind. Für moderne Technik wollen wir insgesamt 1.000 Euro pro Schüler in den nächsten fünf Jahren investieren. Auch die Lehrerinnen und Lehrer sollen fit gemacht werden: Sie sollen nicht nur die Technik im Griff haben, sondern auch zeigen, wie man mit digitalen Medien umgeht. Im digitalen Zeitalter wird es immer wichtiger, die Spreu vom Weizen in der Informationsflut zu trennen. Online-Tests, Online-Selbstlerneinheiten und innovative Plattformen geben Motivation und Freiraum, sodass jeder seine Stärken entfalten kann. Sie ergänzen für uns einen zeitgemäßen Unterricht.

Bildung bedeutet Chancengerechtigkeit

Bildung gibt jedem die Möglichkeit zum sozialen Aufstieg. Das Elternhaus spielt dann keine Rolle mehr. Nur die eigenen Fähigkeiten und Leistungen zählen. Damit jeder seine Träume verwirklichen und soziale Hürden überwinden kann, schlagen wir konkrete Maßnahmen für die Finanzierung vor: Wir setzen uns für ein Bildungssparen ein. Für jeden Euro,

der für Bildung zur Seite gelegt wird, gibt es einen staatlichen Zuschuss. Damit ermöglichen wir lebenslanges Lernen. Die Wahl der Ausbildung stellt die Weichen für die Zukunft. Die Finanzierung darf weder an den Vorstellungen noch am Einkommen der Eltern scheitern. Daher setzen wir uns für elternunabhängige Ausbildungsförderung von volljährigen Schülern, Auszubildenden und Studierenden ein. Damit auch die Besten an die Spitze kommen, müssen sie gefördert werden. Derzeit erhalten in Deutschland nur fünf Prozent aller Studierenden Stipendien. Wir wollen die leistungsorientierte Förderung ausbauen und dafür sorgen, dass mindestens 15 Prozent ein Stipendium erhalten.

Mehr Selbstbestimmung für die Schulen

Die PISA-Studie zeigt: Kinder an Schulen mit größerer Eigenständigkeit erzielen bessere Leistungen. Denn wer selbst Verantwortung übernimmt und die Lage vor Ort kennt, kann auch die besten Ergebnisse erzielen. Deshalb sollen Schulen selbst entscheiden können, wie sie ihr Personal, ihren Haushalt und ihr Profil organisieren. Einheitliche Standards geben das Ziel vor, sich am Niveau der besten Bildungseinrichtungen der Welt zu orientieren.

Gleicher Wert von Meister und Master

Weltbeste Bildung heißt für uns nicht, dass jeder Abitur und ein Hochschulstudium braucht. Jeder soll den Weg wählen, der am besten zu ihm oder zu ihr passt. Die Probleme des Fachkräftemangels und des demografischen Wandels lassen sich nicht durch Hochschulabsolventen allein lösen. Deutschlands duales Ausbildungssystem ist weltweit ein Vorbildmodell. Wir wollen es stärken. Dazu wollen wir die Berufsschulen an den heutigen Arbeitsalltag anpassen: Wer im Job nur in der digitalen Welt unterwegs ist, dem reicht frontaler Kreideunterricht nicht aus. Digitale Medien und das Fach Informatik müssen Bestandteil der berufsschulischen Ausbildung werden. Wir fordern eine Exzellenzinitiative bei der beruflichen Bildung. Denn unsere Hochschulen profitieren bereits nachweislich von diesen Programmen. Zur Entwicklung junger Menschen gehört auch ein Blick über den Tellerrand. Warum sollen nur Studierende ins Ausland gehen können? Wir setzen uns für Austauschprogramme wie „ERASMUS plus“ ein. So können auch Auszubildende und junge Berufstätige wertvolle Lebenserfahrung sammeln, ihren Horizont erweitern und ihr fachliches Wissen vertiefen.

Riskieren wir, dass unsere Kinder schlauer sind als wir.

Fexibel, verlässlich und gerecht. Moderne Altersvorsorge nach dem Baukastenprinzip

Bei der Rente geht es vor allem um zwei Dinge: Verlässlichkeit und Gerechtigkeit. Für Alte, aber auch für Junge. Wir leben heute länger und wollen flexibler arbeiten. Entsprechend brauchen wir ein modernes Rentensystem, das verlässlich und fair finanziert ist und zu allen Lebensentwürfen passt. Daher wollen wir:

Einen flexiblen Renteneintritt ab 60 Jahren

Viele Ältere sind heute länger fit und aktiv und wollen nicht von einem Tag auf den anderen aufhören zu arbeiten. Andere können oder wollen im Alter nicht mehr arbeiten. Wozu soll der Staat dann willkürlich feste Altersgrenzen für den Renteneintritt vorschreiben? Wir wollen stattdessen mehr Selbstbestimmung durch einen flexiblen Renteneintritt: Ab 60 Jahren soll jeder selbst entscheiden, wann er in Rente geht, sofern sein Einkommen aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge über dem Grundsicherungsniveau liegt. Wer später in Rente geht, erhält mehr Rente, wer früher geht, weniger. Damit auch Teilrenten und Teilzeitarbeit flexibel kombinierbar werden, soll der Hinzuverdienst aus Teilzeitarbeit nicht mehr von der Rente abgezogen werden. Wer also zusätzlich arbeiten geht, hat auch was davon.

Flexible Altersvorsorge durch einen individuellen Baukasten

Die gesetzliche Rente allein wird den Lebensstandard im Alter künftig nicht mehr sichern können. Denn immer weniger Beitragszahler können auf Dauer nicht die Renten von immer mehr Älteren finanzieren. Auch unsere Arbeitswelt verändert sich: Menschen werden öfter zwischen Anstellung und Selbstständigkeit, Voll- und Teilzeit sowie In- und Ausland wechseln. Daher muss die Rente neu gedacht werden. Wir setzen deshalb auf eine moderne Alterssicherung nach dem Baukastenprinzip: In einem individuellen „Renten-Baukasten“ soll jeder verpflichtende und freiwillige Vorsorgemaßnahmen flexibel kombinieren können. Dazu wollen wir auch die Mitnahme bestehender Vorsorgeprodukte und Anwartschaften sowie den Wechsel zwischen den Formen der Alterssicherung vereinfachen.

Ein Vorsorgekonto für mehr Transparenz

Viele Menschen wissen nicht, wie viel Geld ihnen im Alter bleibt. Deshalb wollen wir, dass jeder stets einsehen kann, wie hoch sein Alterseinkommen aus seinen bisherigen Vorsorgemaßnahmen ist. Dazu soll jeder in einem eGovernment-Bürgerportal freiwillig ein individuelles Vorsorgekonto einrichten können, das diese Informationen übersichtlich darstellt. Denn das schafft Transparenz und deckt Vorsorgegü-

cken auf. So kann jeder frühzeitig erkennen, ob er noch etwas tun muss, um das gewünschte Rentenniveau zu erreichen.

Mehr Freiraum und Rentabilität für private Altersvorsorge

Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank belastet die private Altersvorsorge von Millionen Sparern. Damit muss Schluss sein. Dennoch ist es falsch, wenn Teile der Bundesregierung Zweifel an der privaten Vorsorge schüren. Sie ist wichtiger denn je! Stattdessen müssen für Lebensversicherer und Versorgungswerke rentablere Anlageformen einfacher möglich werden, z. B. die Investition in Aktien und Infrastrukturprojekte. Zudem soll die staatliche Förderung auf private Vorsorge allen zugutekommen, also auch Selbstständigen und Mitgliedern berufsständischer Versorgungswerke. Der Staat, der klammheimlich von der Niedrigzinspolitik profitiert, soll die Bürgerinnen und Bürger bei Steuern und Abgaben entlasten, um mehr Spielraum für private Vorsorge zu schaffen.

Gezielte Maßnahmen gegen Altersarmut

Wir wollen, dass alle Menschen ein würdevolles Leben im Alter führen können. Wer das Existenzminimum durch seine gesetzliche Altersvorsorge nicht erreicht, soll nicht länger zum Sozialamt gehen müssen. Stattdessen wollen wir die Auszahlung von Rente und Grundsicherung zusammenführen. Gleichzeitig muss sich freiwillige Vorsorge lohnen. Denn es kann nicht sein, dass jeder Euro, den ein Geringverdiener mühsam für die Altersvorsorge beiseitelegt, später nur dem Staat in die Hände spielt, der dann weniger Grundsicherung zahlt. Einkünfte aus freiwilliger Vorsorge sollen deshalb nur zum Teil auf die Grundsicherung angerechnet werden. Zudem wollen wir Selbstständige verpflichten, bei größtmöglicher Wahlfreiheit für eine Basisabsicherung im Alter vorzusorgen und die betriebliche Altersvorsorge zum Regelfall für alle Beschäftigten machen – allerdings ohne staatlich verwalteten Pensionsfonds.

Eine „Schuldenbremse 2.0“

Durch die Mütterrente hat die Große Koalition dem Renten-Topf der Beitragszahler Milliarden entzogen. Damit die Rentenkasse nicht weiter beliebig geplündert werden kann, wollen wir eine „Schuldenbremse 2.0“ im Grundgesetz verankern. Sie stellt sicher, dass versicherungsfremde Leistungen, die im gesamtgesellschaftlichen Interesse erfolgen, aus Steuermitteln und nicht mehr aus den Sozialkassen finanziert werden.

Mit Herz und Verstand.

Der Rechtsstaat muss besser organisiert sein als das Verbrechen

Gewaltakte wie in München, Würzburg oder Ansbach sind furchtbar und stellen uns alle vor die Frage, wie wir uns vor solchen Verbrechen effektiv schützen können. Unsere Meinung als Freie Demokraten dazu lautet: Klassische Polizeiarbeit ist der beste Schutz. Dafür müssen die Polizeibehörden mit genug Personal und Geld ausgestattet sein, um ihrer Arbeit effektiv nachgehen zu können. Doch einige Politiker wollen die Angst der Menschen ausnutzen, um zahlreiche Eingriffe in unsere Bürgerrechte durchzusetzen, die alle eines gemeinsam haben: Sie bringen keine Sicherheit, sondern kosten nur Freiheit. Wir dagegen sagen:

Polizei und Justiz vernünftig ausstatten!

Eine vernünftige Ausstattung von Polizei und Justiz ist das A und O. Denn selbst die schärfsten Gesetze nützen gar nichts, wenn niemand da ist, um sie durchzusetzen. Strafvorschriften nützen nichts, wenn Straftäter nicht damit rechnen, dass sie ermittelt, festgenommen und verurteilt werden. Anstatt neue Stellen beim Zoll zu schaffen, um in Bäckereien den Mindestlohn zu kontrollieren, sollten wir besser die Polizei und Ermittlungsbehörden aufstocken und besser ausrüsten, um uns vor Terroristen zu schützen. Dafür brauchen wir bei Bund und Ländern ein Umdenken: Polizei und Justiz sollen Haushaltspriorität bekommen.

Keine Symbolpolitik!

Einige Politiker wollen sich als Hüter der Sicherheit inszenieren, tun aber nichts, was wirklich hilft. Statt einer besseren Ausstattung von Polizei und Justiz, die viel Geld kostet, schlagen sie Maßnahmen vor, die scheinbar günstig sind, nichts bringen, aber dafür Freiheit und Rechtsstaatlichkeit kosten. Dazu gehören etwa der permanente Ruf nach immer schärferen Gesetzen, die Flutung der Ermittlungsbehörden mit immer mehr personenbezogenen Daten oder die Diskussion um den Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Wir haben in Deutschland kein Defizit an Gesetzen und Ermittlungsbefugnissen. Wir haben ein Defizit bei der Durchsetzung der bestehenden Gesetze.

Sicherheitsbehörden von Nebensächlichkeiten entlasten!

Kernaufgabe der Polizei ist der Schutz von Leib, Leben und Eigentum der Bürgerinnen und Bürger. Über die Jahre kamen aber immer weitere Aufgaben dazu, ohne Personal oder Ausrüstung den erweiterten Aufgaben anzupassen. Die Zeit unserer Polizistinnen und Polizisten ist aber zu wertvoll, um sie mit nachrangigen Aufgaben zu beschäftigen. Daher wollen wir eine Aufgabenkritik, um die Polizei bei diesen Aufgaben zu entlasten. Wir wollen beispielsweise prüfen, ob die Freigabe von Cannabis oder die Verlagerung der Zuständigkeit bei Ruhestörungen, Verkehrsunfällen ohne Verletzte, Begleitung von Schwertransporten oder beim Objektschutz die Polizei entlasten können.

Polizei und Justiz auf den neuesten Stand der Technik bringen!

Polizei und Justiz müssen nach dem neuesten Stand der Technik ausgerüstet sein. Die Straftäter sind es nämlich auch. Insbesondere im Onlinebereich gibt es Defizite. Die auf FDP-Initiative geschaffene Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität in Hessen ist ein Beispiel dafür, wie diese Defizite behoben werden können. Denn es gilt: Die Sicherheit muss besser organisiert sein als das Verbrechen.

Zentren der polizeilichen Zusammenarbeit und EU-Terrorabwehrzentrum schaffen

Verbrecher scheren sich nicht um Grenzen. Weder um Grenzen von Zuständigkeiten noch von Ländern. Deswegen müssen wir die polizeiliche Zusammenarbeit verbessern. Daher wollen wir gemeinsame Zentren der polizeilichen Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern schaffen. Aber auch in Europa muss die Zusammenarbeit besser werden. Terror bedroht nicht jedes Land für sich, sondern alle zusammen als Gemeinschaft. Daher müssen wir ihm auch als Gemeinschaft begegnen. Dafür wollen wir ein EU-Terrorabwehrzentrum einrichten und eine bessere Zusammenarbeit der europäischen Geheimdienste erreichen.

Feinden des Rechtsstaates offensiv begegnen!

Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben: Wir leben in einer Zeit, in der Extremisten unsere liberale Demokratie und unseren Rechtsstaat bekämpfen. Rechtsextremisten, Linksradikele, Salafisten und Islamisten ziehen immer häufiger mit Gewalt gegen unsere Werteordnung zu Felde. Darauf muss der Rechtsstaat angemessen und entschlossen reagieren. Demokratie muss wehrhaft sein! Das bestehende Instrumentarium von Strafverfolgung, Vereinsverboten, Aus- und Wiedereinreisebeschränkungen sowie gezielter Überwachung von Gefährdern sollte daher konsequent genutzt werden.

Absolute Sicherheit gibt es nicht!

Trotz aller Bemühungen bleibt eines wahr: Absolute Sicherheit gibt es nur in der Gefängniszelle. Niemand kann uns absolute Sicherheit versprechen, es sei denn, er wäre bereit, jegliche Freiheit zu opfern. Dann aber würden wir genau die Werte aufgeben, die die Terroristen bekämpfen. Sie hätten dann gewonnen. Wir halten uns an Benjamin Franklin: Wer Freiheit opfert, um Sicherheit zu erlangen, wird am Ende beides verlieren.

Es geht um unser Land.

Für eine geregelte Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik

Die großen Flüchtlingsbewegungen der letzten Jahre stellen Deutschland und Europa vor eine Herausforderung, die bisher von der Bundesregierung nur mit Chaos und staatlichem Organisationsversagen beantwortet wurde. Die starke Einwanderung ist ein Anlass, endlich für ein vernünftiges Einwanderungsrecht und klare Anforderungen für Integration zu sorgen.

Menschenrecht auf Asyl

Das Menschenrecht auf Asyl ist für uns Freie Demokraten nicht verhandelbar. Obergrenzen bei der Gewährung von Asyl verstoßen gegen das Grundgesetz. Wir wollen die Mechanismen zur Entscheidung über die Schutzbedürftigkeit effektiver weiterentwickeln: Anträge von Asylsuchenden aus sicheren Herkunftsstaaten sollen in den Registrierungszonen, den sogenannten Hotspots, schnellstmöglich entschieden werden. Um Menschen die lebensgefährliche Flucht zu ersparen, möchten wir es ermöglichen, Asylanträge auch bereits im Ausland zu stellen. Nach Schweizer Vorbild wollen wir ein Visum aus humanitären Gründen einführen. Es wird erteilt, wenn im Einzelfall offensichtlich ist, dass Leib und Leben unmittelbar, ernsthaft und konkret gefährdet sind.

Europa als Schlüssel für eine langfristige Lösung

Um langfristig die Flüchtlingskrise in den Griff zu bekommen, brauchen wir die Beteiligung aller EU-Mitgliedstaaten. Dazu gehört ein effektiver Grenzschutz der EU-Außengrenzen. Deshalb brauchen wir eine handlungsfähige europäische Grenzpolizei. Die Flüchtlinge in Europa sollen gerecht auf mehreren Schultern verteilt werden. Flüchtlinge mit Bleibeperspektive müssen nach verbindlichen Quoten verteilt werden. Länder, die sich dieser Art der Solidarität verweigern, sollen in einen Fonds einzahlen müssen. Langfristig können wir die Krise nur lösen, wenn Konflikte, Armut, Hunger und fehlende Rechtsstaatlichkeit vor Ort bekämpft werden. Die Beilegung bewaffneter Konflikte hat daher Priorität. Wir setzen aber auch auf europäisch abgestimmte Entwicklungszusammenarbeit. So können wir Hilfe zur Selbsthilfe schaffen. Nachbarstaaten von betroffenen Krisenregionen, wie etwa Jordanien oder Libanon, wollen wir besonders finanziell unterstützen.

Vorübergehender humanitärer Schutz für Kriegsflüchtlinge

Bisher durchlaufen Kriegsflüchtlinge in Deutschland das oft langwierige Asylverfahren. So kommt es zu einem unnötigen Antragsstau beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Für Kriegsflüchtlinge wollen wir einen eigenen Status schaffen, einen vorübergehenden humanitären Schutz, der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist. Nach Identitätsfeststellung soll dieser Status

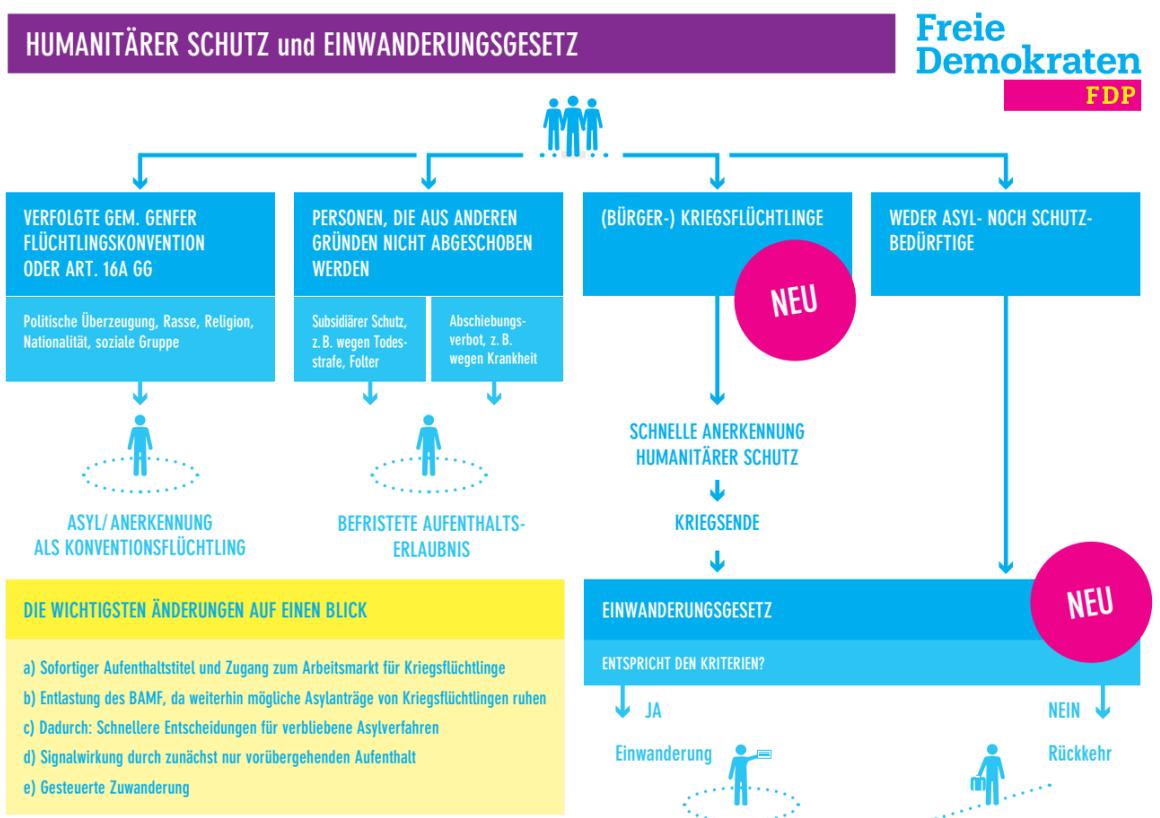
unkompliziert verliehen und damit das Asylsystem massiv entlastet werden. Kriegsflüchtlinge sollen dabei nach Beendigung des Krieges in der Regel in ihr Heimatland zurückkehren.

Chancen der Einwanderung nutzen – mit klaren Regeln

Dauerhafte Einwanderer wollen wir uns wie jedes andere Einwanderungsland selbst aussuchen. Deutschland ist auf die Einwanderung von qualifizierten und fleißigen Menschen angewiesen, wenn wir unseren Wohlstand auch zukünftig erhalten wollen. Wir wollen ein Punktesystem schaffen, bei dem sich Menschen aus aller Welt aufgrund ihres Bildungsgrades, Alters, ihrer Sprachkenntnisse und beruflichen Qualifikation um eine Einwanderung nach Deutschland bewerben können. Auch Flüchtlingen wollen wir so eine Einwanderungschance bieten. Natürlich nur, wenn sie dieselben Kriterien erfüllen wie Fachkräfte aus dem Ausland. Zu einem geordneten Einwanderungsrecht gehören auch funktionierende Rückführungsregelungen. Wer kein Bleiberecht hat, muss konsequent abgeschoben werden.

Integration als Schlüssel für ein gutes und friedliches Zusammenleben

Wer zu uns kommt, der muss sich auch anpassen. Nur so klappt ein friedliches und gutes Zusammenleben. Deutschkenntnisse, Bildung und ein Arbeitsplatz sind die besten Integrationswege. Deshalb wollen wir kostenfreie und verpflichtende Sprachkurse für jeden Flüchtling ab dem ersten Tag – unabhängig von der Aufenthaltsdauer. Flüchtlinge brauchen außerdem eine schnelle Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen, eine sofortige Arbeitserlaubnis und zumindest zeitweise Ausnahmen vom Mindestlohn. Das Angebot an Integrationskursen ist nicht ausreichend und muss auf die unterschiedlichen Bedürfnisse angepasst werden.



Nichtstun ist Machtmissbrauch.

Steuern und Abgaben ins Gleichgewicht bringen

Steuern und Abgaben sind wichtig, damit der Staat seine Kernaufgaben erfüllen kann. Dabei muss aber eine faire Balance zwischen Bürgern und Staat bestehen. Gemessen daran sind viele Dinge in Deutschland aus dem Lot geraten: Die Belastung der Bürger mit Steuern und Abgaben ist in Deutschland nicht nur höher als anderswo, sondern steigt weiterhin an – und das, obwohl der Staat immer mehr Geld zur Verfügung hat. Das ist unfair. Daher wollen wir, dass der Staat mit dem Geld der Bürger sparsamer umgeht. Wir wollen, dass er es cleverer investiert als bislang. Wir wollen eine neue Balance zwischen den Einnahmen der Bürger und den Einnahmen des Staates herstellen.

Entlastung der Steuerzahler um 30 Milliarden Euro

Zwischen Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat öffnet sich eine gewaltige Schere: Das Lohnniveau stieg von 2005 bis 2015 gerade mal um 23 Prozent. Das Steueraufkommen von Bund, Ländern und Gemeinden erhöhte sich dagegen im gleichen Zeitraum um fast 50 Prozent. Deshalb wollen wir ein grundlegendes Umdenken in der Steuerpolitik. Von Wachstums- und Wohlstandsgewinnen darf nicht allein der Staat profitieren. Wir müssen die Balance zwischen Privat und Staat wiederherstellen, indem wir die Menschen entlasten. Dabei halten wir ein Entlastungsvolumen von mindestens 30 Milliarden Euro für eine angemessene Zielgröße. Vor allem wenn man bedenkt, dass der Staat laut Steuerschätzung mit einem zusätzlichen Steueraufkommen von mehr als 110 Milliarden Euro bis 2021 rechnen kann. Ein Teil dieser Entlastung ist beispielweise, dass man den Soli, wie ursprünglich geplant, auslaufen lässt, statt ihn zu verlängern.

Faire Einkommensteuer mit einem Tarif „auf Rädern“

Heute steigt die Steuerlast bei kleinen und mittleren Einkommen besonders schnell an. Das ist leistungsfeindlich und ungerecht. Ein Durchschnittsverdiener darf nicht fast schon den höchsten Steuersatz zahlen. Wir brauchen mehr Fairness bei der Einkommensteuer. Dafür wollen wir den Tarif „nach rechts verschieben“. Dadurch greifen höhere Steuersätze erst später, also bei einem höheren Einkommen als heute. Den sogenannten Mittelstandsbauch wollen wir abflachen und so einen leistungsgerechteren Tarif gestalten. Die heimlichen Steuererhöhungen des Staates durch die kalte Progression wollen wir beenden. Deshalb wollen wir den dauerhaften Einstieg in eine regelmäßige Anpassung des Steuertarifs einschließlich der Freibeträge, Freigrenzen und Pauschbeträge an die Inflation – der Tarif wird also „auf Räder gestellt“.

Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer

Die eigenen vier Wände sind der größte Traum vieler Menschen und gleichzeitig die beste Altersvorsorge. Die Steuertrieberei der Bundesländer macht es Familien aus der Mittelschicht jedoch fast unmöglich, Wohneigentum zu erwerben. Das wollen wir ändern und bei der Grunderwerbsteuer einen Freibetrag von bis zu 500.000 Euro einführen. Damit entlasten wir die Mitte der Gesellschaft und schonen die Sozialkas-

sen. Denn wer mietfrei wohnt, ist im Alter unabhängiger von Leistungen des Staates. Der Freibetrag soll für den Erwerb von Wohnimmobilien durch natürliche Personen gelten. Erst darüber kommt es zur Entstehung der Steuer.

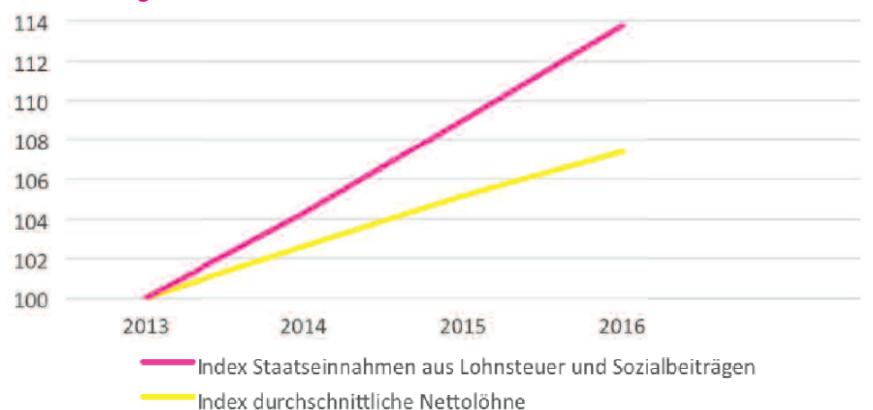
Belastungsgrenze für Steuern und Sozialabgaben

Steuer- und Abgabenerhöhungen scheinen kein Ende zu nehmen. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen aber Gewissheit, wo Schluss ist. Daher wollen wir eine Belastungsgrenze für die direkten Steuern und Sozialabgaben im Grundgesetz festschreiben. Denn wir wollen, dass den Bürgerinnen und Bürgern genügend von ihrem Einkommen bleibt, damit sie sich ihre Wünsche erfüllen und eine eigene Altersvorsorge leisten können. Nur moderate Steuer- und Beitragssätze schaffen dafür die notwendigen Freiräume. Die Gesamtbelastungsgrenze sollte daher 50 Prozent nicht überschreiten.

Schuldenbremse 2.0

Die Bürgerinnen und Bürger werden nicht nur mit Steuern belastet. Die Ausweitung immer neuer staatlicher Leistungen wird in letzter Zeit immer öfter in den Sozialsystemen versteckt. Das führt am Ende zu steigenden Beiträgen für alle. Deshalb wollen wir eine „Schuldenbremse 2.0“ für die Sozialversicherungssysteme im Grundgesetz verankern. Dies ist notwendig, um die nachhaltige Finanzierung der Sozialversicherungssysteme zu sichern. Denn diese werden durch viele versicherungsfremde Leistungen belastet. Zum Beispiel durch die eingeführte Rente ab 63. Sie ist durch Beiträge nicht gedeckt und gehört eigentlich nicht zu den Leistungen der Rentenversicherung. Deshalb müsste diese eigentlich aus dem Steuerhaushalt finanziert werden. Stattdessen verbraucht die Finanzierung der Rente ab 63 die Rücklagen der Rentenversicherung. Wenn diese aufgebraucht sind, werden zwangsläufig die Beiträge steigen. Deshalb soll die Schuldenbremse 2.0 festschreiben, dass versicherungsfremde Leistungen künftig vollständig aus dem Bundeshaushalt und nicht mehr aus den Sozialversicherungskassen finanziert werden.

Die Schere bei den Einnahmen von Bürgern und Staat Entwicklung der Staatseinnahmen und der Nettolöhne (Index)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Fachserie 18, Reihe 1.1, Januar 2017

IMPRESSUM:

FDP Ortsverband Eschborn
V.i.S.d.P.: Christoph Ackermann, Hauptstraße 55a, 65760 Eschborn, Tel.: 06196 – 482859
www.fdp-eschborn.de, E-Mail: info@fdp-eschborn.de

Wer bietet dem Soli noch Paroli?

Digitalisierung. Eine großartige Chance.

Ob individuellere Bildung, flexibleres Arbeiten, neue Geschäftsmodelle, „smarte“ Produkte oder unkomplizierte Verwaltungen – die Digitalisierung hat den Menschen so viel zu bieten, wenn wir die richtigen Prioritäten setzen. Das wollen wir tun, besser heute als morgen.

Digitale Bildung als Schlüsselkompetenz von morgen

Nur durch Bildung können wir unsere Lebenswelt verstehen. Wer sich in einer digitalen Welt zurechtfinden will, braucht digitale Bildung. Doch die Technik an unseren Schulen ist veraltet. In den Schulhöfen dominieren Smartphones. In den Klassenräumen herrscht aber noch Kreidezeit. Wäre es nicht viel besser, im Unterricht Smartphones, Tablets und interaktive Whiteboards zu nutzen? Mit Geocaching die Umgebung zu erkunden und so Natur und Technik zu verbinden? Sich mit anderen Klassen weltweit zu vernetzen? Digitale Übungsaufgaben im individuellen Lerntempo zu bearbeiten? Wir sagen ganz klar: Ja! Daher wollen wir, dass Bund und Länder in den nächsten fünf Jahren 1.000 Euro je Schüler investieren, damit modernste Technik und digitales Lernen endlich an die Schulen kommen.

Effizientere Verwaltung

Zum Bürokratieabbau bietet die Digitalisierung großartige Möglichkeiten: Wartezeiten auf dem Amt, Papier- und Formularflut, Telefonwarteschleifen – all dies kann bald der Vergangenheit angehören, wenn Verwaltungsvorgänge einfach digital auf einem zentralen deutschlandweiten Behördenportal erledigt werden können. Digitalisierung ist eine komplexe Querschnittsaufgabe - auch in unserer Verwaltung. Wir wollen das Kompetenzgerangel zwischen fünf Ministerien in Sachen Digitalisierung beenden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Fäden in einer Hand zusammenlaufen. Daher fordern wir die Einführung eines Digitalministeriums.

Neue kreative Wirtschaft

Die Digitalisierung bietet auch viele Chancen für kreative Geschäftsmodelle. Uber und Airbnb sind bekannte Beispiele der Share Economy. Das wollen wir fördern und zugleich einen fairen Wettbewerb ermöglichen, mit klaren Regeln für die digitalen Newcomer und weniger Regulierung und Bürokratie für die etablierten Unternehmen.

Digitale Infrastruktur für „smarte“ Produkte

Online einkaufen, Musik hören, sich Informationen beschaffen und weltweit mit Menschen kommunizieren – das alles ist heute mit nur ein paar Klicks möglich. Digitalisierung kann aber viel mehr: Künftig werden nicht nur Milliarden von Menschen, sondern auch Milliarden von Geräten vernetzt sein. Neben das Smartphone treten viele andere „smarte“ Dinge: zum Beispiel Autos, die ohne Fahrer unterwegs sind,

Fabriken, die auf Knopfdruck eigenständig produzieren oder Stromzähler, die automatisch die Waschmaschine starten. All das ist vielversprechend, aber ohne leistungsfähige und schnelle Netze unmöglich. Daher wollen wir den Ausbau der Glasfaser-Netze und freies WLAN im öffentlichen Raum.

Neue Arbeitsgesetze für New Work

Neue digitale Technologien und Arbeitsformen machen unseren Arbeitsalltag flexibler. Künftig kommt es weniger darauf an, wann und wo wir arbeiten. Viele erfolgreiche Unternehmen setzen schon heute mehr auf Ergebnisse der Arbeit statt Anwesenheit im Büro. Starre Arbeitszeitregelungen sind daher nicht mehr zeitgemäß. Stattdessen wollen wir zum Beispiel Vertrauensarbeit und arbeitgeberunabhängige Langzeitkonten fördern. Damit können Arbeitnehmer Tage für eine phasenweise Arbeitsfreistellung ansparen. So erhält jeder mehr Freiraum, um das zu tun, was einem neben dem Beruf wichtig ist: zum Beispiel mehr Zeit mit der Familie haben, sich fort- und weiterbilden, ehrenamtlich engagieren oder eine Weltreise machen. Außerdem wollen wir Menschen durch flexiblere Sozialversicherungsregelungen den Wechsel zwischen Arbeitgebern, Anstellung und Selbstständigkeit sowie In- und Ausland erleichtern. Denn in der digitalen Arbeitswelt warten viele neue Tätigkeitsfelder und Geschäftsideen.

Big Data mit klaren Spielregeln

In einer digitalen Welt fallen explosionsartig immer neue Daten an. Wertet man sie intelligent aus, kann unser Alltag bequemer und angenehmer werden: zum Beispiel durch effizientere Verkehrssteuerung, personalisierte Dienstleistungen oder individualisierte Therapien für schwere Krankheiten. Die ständige Preisgabe personenbezogener Daten kann aber auch unsere Privatsphäre erheblich einschränken. Wenn wir vermeintlich kostenlose Apps, soziale Netzwerke oder Suchmaschinen nutzen, bezahlen wir oft mit Daten, ohne es zu merken. Was wir kaufen, wo wir uns aufhalten, mit wem wir kommunizieren – all das wird nachvollziehbar. Niemand soll unsere Daten gegen unseren Willen nutzen können. Wer sich entscheidet, seine Daten an private oder staatliche Stellen zu geben, muss mit einem Auskunftsrecht auch weiter die Kontrolle behalten können. Wir bekennen uns ebenso zur Netzneutralität. Das bedeutet, dass alle Datenpakete im Internet gleichberechtigt sind. So ist sichergestellt, dass keine Meinung diskriminiert wird und neue Unternehmen Marktzugang erhalten. Außerdem kämpfen wir gegen die anlasslose Datensammelwut durch den Staat, wie zum Beispiel bei der Vorratsdatenspeicherung.

Denken wir neu.

Vernünftige Energiepolitik

Energiepolitik ist dann vernünftig, wenn sie zu einer umweltschonenden, zuverlässigen und bezahlbaren Energieversorgung führt. Die Energiewende ist das genaue Gegenbeispiel dazu: Das System des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) hat die Energieversorgung in Deutschland teuer, unberechenbar und kaum klimaschonender gemacht. Deshalb wollen wir einen Neustart für die Energiewende.

EEG abschaffen und den Energiemix der Zukunft gestalten

Erneuerbare Energien sind ein wichtiges Element im Energiemix der Zukunft. Sie haben auf dem deutschen Strommarkt bereits einen Anteil von rund 30 Prozent. Damit ist das Ziel des EEG, die Markteinführung erneuerbarer Energien zu erreichen, längst umgesetzt. Die meisten Anlagen können an geeigneten Standorten heute bereits ohne Subventionen betrieben werden. Auch für diese müssen in Zukunft die Regeln des Marktes mit allen Chancen und Risiken gelten. Deshalb wollen wir das EEG abschaffen. Nachhaltige und subventionsfreie Geschäftsmodelle lassen sich nur im technologieneutralen Wettbewerb unter marktwirtschaftlichen Bedingungen durchsetzen. Das macht die Energieversorgung effizienter und vor allem günstiger für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Vollendung des europäischen Energiebinnenmarktes

Bei der Energiewende in ihrer jetzigen Ausgestaltung hat Deutschland sich verrannt. Das liegt auch daran, dass Deutschland isoliert handelt anstatt europäisch zu denken. Deshalb wollen wir die Energiewende zu einem gesamteuropäischen Projekt machen. Im Zentrum sollen Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltschutz stehen. Dazu müssen die Liberalisierung des Energiebinnenmarktes abgeschlossen und der transeuropäische Netzausbau gestärkt werden. Strom soll dort produziert werden, wo die Standortbedingungen die geringsten Kosten erlauben. Das ist umso einfacher und Energie umso günstiger, je mehr Staaten zusammenarbeiten.

Wirtschaftlich tragfähiger Ausbau der Stromnetze

Der notwendige Ausbau von Stromnetzen soll die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und auch der Unternehmen an hoher Versorgungssicherheit und niedrigen Strompreisen berücksichtigen. Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie und dem rasanten Ausbau der erneuerbaren Energieträger hat sich die Belastung der Stromnetze erheblich erhöht. Wird jetzt nicht gehandelt, steigen die Kosten der Energiewende weiter. Für das bestehende Angebot an erneuerbaren Energien müssen Netzengpässe vor allem durch neue Leitungen und verbesserte Technologien (zum Beispiel Digitalisierung) beseitigt werden. Um künftig steigende Kosten zu vermeiden, müssen erneuerbare Energien verbrauchs- und bedarfsgerecht in den Markt integriert werden. Das jetzige System der Netzfinanzierung wollen wir reformieren, damit Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen endlich entlastet werden.

Stromsteuer senken

Strom ist in Deutschland teuer. Die Stromsteuer macht einen erheblichen Anteil des Strompreises aus. Deshalb wollen wir die Stromverbraucherinnen und -verbraucher entlasten und die Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau absenken. Die Stromsteuer sollte das Klima schützen und die Rente finanzieren. Beides hat sich als Illusion erwiesen. Denn Stromeinsparungen durch hohe Strompreise bewirken unter den Bedingungen des europäischen Emissionshandels keine Treibhausgasreduzierungen und für eine nachhaltige Finanzierung der Rente ist eine vernünftige Rentenreform nötig, kein Stopfen der Finanzierungslöcher durch die Stromsteuer.

Windkraftanlagen brauchen öffentliche Akzeptanz

Der Ausbau der erneuerbaren Energieträger sollte mit und nicht gegen die Menschen erfolgen. Vor allem die Energieerzeugung durch Windkraftanlagen stößt aber bei immer mehr Menschen auf Widerstand, weil damit oftmals eine drastische Einschränkung der Lebensqualität für die Anwohnerinnen und Anwohner sowie massive Eingriffe in die Natur und das Landschaftsbild verbunden sind. Deshalb wollen wir die gesetzlichen Mindestanforderungen an die Errichtung solcher Anlagen so ändern, dass bei zunehmender Größe von Windkraftanlagen und einer damit verbundenen stärkeren Belastung auch der Abstand zum Beispiel zur nächsten Wohnbebauung entsprechend steigt. Das sehen wir mit der sogenannten 10H-Regel gewährleistet: Hier beträgt der Abstand zur Wohnbebauung mindestens das Zehnfache der Gesamthöhe der Windkraftanlage.

Anteil der Steuern am Strompreis und Belastung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

52 % des Strompreises sind Steuern, Abgaben und Umlagen



Das EEG macht 40 % der Steuern und Umlagen auf den Strompreis aus

Quelle: Monitoringbericht 2016 von Bundesnetzagentur und Bundeskartellamt

Dauersubventionen endlich beenden.